



MORNING NEWS

14. Januar 2026

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net %		VORTAG	INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net %		VORTAG
DAX	25.420,66	15,32	0,06	25.405,34	DJ 30	49.191,99	-398,21	-0,80	49.590,20
MDAX	32.237,31	-83,19	-0,26	32.320,50	NASDAQ	25.741,95	-45,71	-0,18	25.787,66
TEC DAX	3.838,29	-0,49	-0,01	3.838,78	Nikkei 225	54.286,07	736,91	1,38	53.549,16
Euro Stoxx50	6.029,83	13,53	0,22	6.016,30	Hang Seng	27.005,80	157,33	0,59	26.848,47
Bund Future	128,05	-0,04	-0,03	128,09	Euro / US-\$	1,1644	0,00	0,02	1,1642
Gold in US-\$	4.637,70	51,18	1,12	4.586,52	Öl (Brent) US-\$	65,28	-0,19	-0,29	65,47
Bitcoin / US-\$	95.025,39	951,37	1,01	94.074,01	Ethereum / US-\$	3.332,85	124,06	3,87	3.208,79

Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	25.395	-25
NASDAQ Future	25.870,00	-36,00

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG € %		SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	212,21	-1,24	-0,01	213,45	247,10	2.279.858,00
Nokia OJ	5,60	-0,00	-0,00	5,60	6,52	24.621.866,00

Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
Audi	VOWG_p.DE	Auslieferungen Q4/25	09:00	n/a
DAX / MDAX	Heute keine wichtigen Unternehmenstermine			
Europäische Unternehmen	Heute keine wichtigen Unternehmenstermine			

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
USA	PPI (m/m)	November	14:30	0,2% (n/a)
USA	PPI (y/y)	November	14:30	2,7% (n/a)
USA	PPI ex food & energy (m/m)	November	14:30	0,2% (n/a)
USA	PPI ex food & energy (y/y)	November	14:30	2,7% (n/a)
USA	Einzelhandelsumsatz (m/m), vorab	November	14:30	0,4% (0,0%)
USA	Einzelhandelsumsatz ex Kfz (m/m), vorab	November	14:30	0,4% (0,4%)
USA	Leistungsbilanz	Q3	14:30	-239,0 (-251,3) Mrd \$
USA	Wiederverkäufe Häuser	Dezember	16:00	4,22 (4,13) Mio
USA	Lagerbestände	Oktober	16:00	0,1% (0,2%)
USA	EIA Ölbericht	Vorwoche	16:30	n/a
USA	Fed Beige Book	n/a	20:00	n/a

Quelle: Bloomberg

Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	1,28 (1,26)	10-jährige Bonds	+0,094	4,17%
Volumen NASDAQ	9,38 (8,68)	30-jährige Bonds	+0,125	4,83%

(/)=Vortag

Der **US-Inflationsbericht** für Dezember und eine Reihe von **Konzernbilanzen** haben die Wall Street zum Handelsschluss ins Minus gedrückt. Der US-Standardwerteindex notierte 0,8 Prozent tiefer bei 49.192 Punkten. Der technologielastige

Nasdaq notierte kaum verändert bei 23.709 Zählern und der breit gefasste S&P 500 büßte 0,2 Prozent auf 6963 Stellen ein.

Die US-Inflation pegelte sich im Dezember auf erhöhtem Niveau ein: Die Verbraucherpreise stiegen wie bereits im Vormonat um 2,7 Prozent. Von Reuters befragte Volkswirte hatten mit dieser Jahressteuerungsrate gerechnet. Angesichts der ausbleibenden Überraschungen dürfte sich die US-Notenbank Fed nun "Zeit lassen und weitere Daten abwarten - insbesondere angesichts der Verzerrungen, die wir zuletzt infolge des teilweisen Regierungsstillstands in den Daten gesehen haben", sagte Skyler Weinand, Chefanleger von Regan Capital. Die Währungshüter versuchen, mit erhöhten Zinsen die Teuerungsrate auf den Zielwert von zwei Prozent zu drücken.

Die Anleger am Metallmarkt setzten nach den Daten dennoch auf weiter fallende Zinsen, was **Silber** und **Gold** auf **neue Allzeithochs** hievte. Die Marktteilnehmer investieren bei erhöhten Zinsen eher in verzinste Anlagen wie Staatsanleihen, statt Edelmetalle zu kaufen, die keine Zinsen zahlen.

Der Auftakt der US-Bilanzsaison fiel indes verhalten aus. Die Aktien der größten US-Bank **JPMorgan Chase** rutschten nach Zahlen um rund vier Prozent ab. Die größte US-Bank übertraf im vierten Quartal dank sprudelnder Einnahmen im Handelsgeschäft die Erwartungen der Analysten. Der ausgewiesene Überschuss schrumpfte jedoch wegen einer milliarden schweren Sonderbelastung auf 13 Milliarden Dollar, nach 14 Milliarden im Vorjahreszeitraum. Die Sonderbelastung ging auf die Übernahme des Apple-Kreditkartengeschäfts vom Rivalen Goldman Sachs zurück.

Unter die Räder gerieten auch die Aktien der Kreditkartenanbieter **Visa** und **Mastercard**. Die Papiere rutschten nach kritischen Äußerungen von JPMorgan-Finanzchef Jeremy Barnum zum geplanten Deckel für Kreditkartenzinsen um rund 4,5 beziehungsweise 3,8 Prozent ab. US-Präsident Donald Trump hatte vergangene Woche vorgeschlagen, die Obergrenze für Kreditkartenzinsen ab dem 20. Januar für ein Jahr auf zehn Prozent zu begrenzen. "Die Finanzbranche wird von Trumps Kreditkartenvorschlag hart getroffen", sagte Tim Ghriskey, Senior Portfolio Strategist bei Ingalls & Snyder in New York.

Für Gesprächsstoff sorgten auch die Airlines: **Delta** büßte nach einer Prognose unter den Analystenerwartungen mehr als zwei Prozent ein und zog damit Rivalen mit nach unten. Die Aktien von **American Airlines**, **United Airlines** und **Alaska Air** verloren zwischen 0,8 und vier Prozent.

Um rund zwei Prozent nach oben ging es hingegen für **Boeing**. Der krisengebeutelte US-Flugzeugbauer übergab im vergangenen Jahr so viele Flugzeuge an die Kunden wie seit sieben Jahren nicht. Insgesamt schnellten die Auslieferungen um 72 Prozent nach oben auf 600 Maschinen, wie das Unternehmen am Dienstag mitteilte. Allerdings hinkt Boeing immer noch seinem europäischen Erzrivalen Airbushinterher, der 2025 auf 793 ausgelieferte Flugzeuge kam.

Mit Blick auf die gesamte Bilanzsaison zeigen sich Experten optimistisch. "Der Technologiesektor spielt hier weiterhin die Hauptrolle", sagte CMC Markets-Analyst Luis Ruiz. Auch Julian Cook, Portfoliospezialist bei T.Rowe Price, sieht die Furcht vor einer Blase angesichts der hohen Bewertungen bei Konzernen aus dem Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI) unbegründet. "Die KI-Offensive der großen Technologieunternehmen scheint sich auszuzahlen, da KI in Produkte integriert wird, die die Menschen bereits nutzen."

US Unternehmen

US-Präsident Donald Trump hat das **Freihandelsabkommen** zwischen den **USA**, **Mexiko** und **Kanada** (USMCA) als bedeutungslos für sein Land abgetan. "Es ergibt sich daraus kein richtiger Vorteil, es ist irrelevant", sagte Trump am Dienstag bei einem Werksbesuch beim Autobauer **Ford** im Bundesstaat Michigan. Er bekräftigte seine Forderung an die Unternehmen, die Fertigung in die USA zurückzuholen: "Wir brauchen keine Autos, die in Kanada oder Mexiko hergestellt werden. Wir wollen sie hierher holen." Die Aussagen dürften die Sorgen in der Autoindustrie weiter schüren. Große Hersteller wie **Tesla**, **Toyota**, **Volkswagen** und **General Motors** (GM) hatten die Regierung im November gedrängt, das Abkommen zu verlängern. GM-Präsident Mark Reuss betonte die enge Verflechtung der Produktion: "Unsere Lieferketten

erstrecken sich über alle drei Länder", sagte er. Dies sei sehr komplex, und die nordamerikanische Integration sei eine große Stärke der Branche. Der Verband **American Automotive Policy Council** hatte zuvor gewarnt, das Abkommen ermögliche jährliche Einsparungen in zweistelliger Milliardenhöhe (Reuters).

Tesla hat einer **Mediation** zugestimmt, um eine **Klage der US-Aufsichtsbehörde** EEOC beizulegen. In der Klage wird dem Elektroautobauer vorgeworfen, die massive und weit verbreitete Schikanie von schwarzen Mitarbeiter in seinem Werk in Fremont in Kalifornien geduldet zu haben. Man arbeite mit Tesla an der Auswahl eines Mediators, teilte die Behörde für Chancengleichheit am Arbeitsplatz (EEOC) am Dienstag bei einem Bundesgericht in San Francisco mit. Die Verhandlungen könnten im März oder April beginnen (Reuters).

Die **chinesische Regierung** schränkt einem Medienbericht zufolge den Kauf von KI-Chips des US-Konzerns **Nvidia** ein. Peking habe einigen Technologieunternehmen mitgeteilt, der Erwerb der H200-Prozessoren werde nur unter besonderen Umständen genehmigt, berichtete das Technologie-Portal "*The Information*" unter Berufung auf zwei mit dem Vorgang vertraute Personen. Als Beispiel sei die Forschung an Universitäten genannt worden. Die Vorgaben seien bewusst vage gehalten: Die Firmen dürften die Chips nur kaufen, wenn dies "notwendig" sei (Reuters).

Die **US-Regierung** investiert eine Milliarde Dollar in das Raketentriebwerke-Geschäft des Rüstungskonzerns **L3Harris Technologies**. Damit solle der Nachschub an Antrieben für eine breite Palette von Raketen gesichert werden, darunter auch für das von der Bundeswehr genutzte Patriot-Flugabwehrsystem, teilte das Unternehmen mit. Die Regierung erhält im Gegenzug eine Wandelanleihe, die bei einem für 2026 geplanten Börsengang der neuen Sparte in Aktien umgewandelt wird. "Wir ändern unseren Ansatz zur Sicherung unserer Munitionslieferkette grundlegend", sagte der zuständige Unterstaatssekretär im Verteidigungsministerium, Michael Duffey. Die Aktie von L3Harris legte nach der Ankündigung um ein Prozent zu (Reuters).

Marktmeldungen

Bundesaußenminister Johann Wadepful hat sich nach seinen Gesprächen in Washington zuversichtlich über die **transatlantischen Beziehungen** geäußert. Er sehe mehr Gemeinsamkeiten als Streitpunkte, sagte Wadepful am Dienstag zum Abschluss seines zweitägigen Besuchs in den USA. "Insofern kehre ich wirklich ruhig zurück, aber eben auch mit dem Gefühl, dass es gut ist, auch in Zukunft in einem engen Austausch zu bleiben." Anschließend war Wadepful am Dienstag mit Vertretern des Kongresses zusammengekommen. Dabei sei es auch um den aktuellen Streit um die Zukunft Grönlands gegangen, führte der Minister aus. Klar sei, dass dies nur von den Grönländerinnen und Grönländern und Dänemark letztlich entschieden werden könne. "Dafür habe ich hier in den USA viel Verständnis gefunden", betonte er. Dies müsse immer wieder mit Klarheit, aber auch in einem dialogorientierten Ton deutlich gemacht werden (Reuters).

Die **französische Wirtschaft** ist im Schlussquartal 2025 trotz der politischen Unsicherheiten im Land voraussichtlich leicht gewachsen. Das **Bruttoinlandsprodukt** (BIP) habe im vierten Quartal um mindestens 0,2 Prozent zugelegt, teilte die französische Notenbank unter Berufung auf ihre monatliche Unternehmensumfrage mit. Damit bestätigte die Zentralbank ihre bisherige Schätzung. Getrieben wurde das Wachstum im Dezember vor allem durch die Luft- und Raumfahrt sowie die Rüstungsindustrie. Im dritten Quartal war die Wirtschaft noch um 0,5 Prozent gewachsen. Für Januar rechnen die befragten Firmen mit einer uneinheitlichen Entwicklung: Während im Dienstleistungssektor eine Belebung erwartet wird, dürfte sich die Industrieproduktion abschwächen. Als Belastungsfaktor gilt weiterhin die Unsicherheit über den Haushalt für das Jahr 2026, der vom Parlament noch nicht verabschiedet wurde (Reuters).

Die **britische Außenministerin** Yvette Cooper will bei einem Besuch in Finnland und Norwegen am Mittwoch auf eine stärkere Rolle der **NATO** in der **Arktis** dringen. Das Militärbündnis müsse seine Arbeit dort intensivieren, um die regionalen Interessen gegen Russland zu schützen, teilte das britische Außenministerium mit. Russland sei die größte Bedrohung für die Sicherheit in der Arktis. Die Sicherheit der Arktis sei entscheidend für den Schutz Großbritanniens und der NATO, sagte Cooper einer Erklärung zufolge. Sie forderte das Bündnis auf, die Anstrengungen zur Verteidigung gegen feindliche Staaten zu verstärken, die sich im Hohen Norden einmischen wollten (Reuters).



Getrieben vom Energiehunger der **Rechenzentren für Künstliche Intelligenz (KI)** und **Kryptowährungen** dürfte der **Stromverbrauch in den USA** weitere Rekorde brechen. Nach einem bisherigen Höhepunkt von 4198 Terawattstunden (TWh) im Jahr 2025 werde die Nachfrage 2026 auf 4256 TWh klettern, teilte die US-Energiebehörde EIA in ihrem kurzfristigen Ausblick mit. Für 2027 sei ein weiterer Anstieg auf 4364 TWh zu erwarten. Auch die zunehmende Elektrifizierung von Wärme und Verkehr bei Privathaushalten und Unternehmen trage zu diesem Trend bei (Reuters).

Aus **Protest gegen die Regierung von US-Präsident** Donald Trump im Umgang mit Bürgerrechtsfällen wollen mindestens ein Dutzend **Bundesstaatsanwälte** ihre Ämter niederlegen. Dies sagten drei mit der Angelegenheit vertraute Personen am Dienstag. Die Kündigungen erstrecken sich demnach auf die Bürgerrechtsabteilung des Justizministeriums in Washington und die Bundesstaatsanwaltschaft in Minneapolis. Allein in Minnesota hätten sechs Staatsanwälte ihren Rücktritt eingereicht. Anlass sei die Anweisung aus der Führung des Justizministeriums, gegen die Witwe einer bei einem Polizeieinsatz getöteten Frau zu ermitteln (Reuters).

Die **USA** haben die Ableger der **Muslimbruderschaft** in **Ägypten**, dem **Libanon** und **Jordanien** als **Terrororganisationen** eingestuft. Das US-Finanzministerium begründete den Schritt am Dienstag mit deren Unterstützung der radikal-islamischen Palästinenser-Gruppe Hamas. Zudem hätten sie gewaltsame Angriffe auf Israel und Partner der USA vorangetrieben. Die Gruppen gäben sich als legitime zivile Organisationen aus, unterstützten hinter den Kulissen jedoch Terrorgruppen, hieß es in der Mitteilung weiter. Die Einstufung als "Specially Designated Global Terrorists" zieht Finanzsanktionen nach sich (Reuters).

US-Präsident Donald Trump hat die **Demonstranten im Iran** zu weiteren Protesten ermutigt und ihnen Hilfe in Aussicht gestellt. "Iranische Patrioten, protestiert weiter - übernehmt eure Institutionen", schrieb Trump auf seiner Plattform Truth Social. "Hilfe ist auf dem Weg", fügte er hinzu, ohne weitere Details zu nennen. Er habe alle Treffen mit iranischen Vertretern abgesagt, bis das "sinnlose Töten von Demonstranten" aufhöre. Die Führung in Teheran verschärft unterdessen ihre Gangart gegen die Demonstrationen (Reuters).

Angesichts von Berichten über eine bevorstehende Hinrichtung im Iran haben die **USA** der Führung in **Teheran** mit **Konsequenzen** gedroht. Sollte das Regime anfangen, Demonstranten zu hängen, werde es eine sehr scharfe Reaktion geben, sagte US-Präsident Donald Trump am Dienstag in einem Interview mit dem Sender CBS. Einer kurdischen Menschenrechtsorganisation zufolge soll ein 26-jähriger Mann bereits am Mittwoch hingerichtet werden. Das US-Außenministerium forderte zudem alle amerikanischen Staatsbürger auf, den Iran umgehend zu verlassen. Trump erneuerte auf seiner Plattform Truth Social sein Hilfsversprechen an die Protestierenden und rief sie auf, die Namen der Verantwortlichen für die Gewalt zu sichern, da diese einen sehr hohen Preis zahlen würden (Reuters).

Irans Ex-Kaiserin Farah Pahlavi, die Frau des 1979 gestürzten persischen Schahs, hat die **Streitkräfte im Iran** aufgerufen, sich "in diesem kritischen Moment der iranischen Geschichte" den **Protestierenden anzuschließen**. "Bedenkt, dass das Überleben einer Regierung und der Erhalt von Errungenschaften niemals das Vergießen des Blutes eurer Landsleute rechtfertigen", schrieb die in Paris lebende Ex-Kaiserin auf der Plattform X. "Schließt euch euren Brüdern und Schwestern an, bevor es zu spät ist, und verknüpft euer Schicksal nicht mit dem der Mörder", schrieb die 87-Jährige (dpa/AFX).

Nach fast vier Jahren Krieg spitzt sich die **Lage in der Ukraine** nach Darstellung von **Präsident** Wolodymyr Selenskyj immer weiter zu - sowohl an der Front als auch im Hinterland. Erneut sei die Ukraine von Russland beschossen worden. "Allein an ballistischen Raketen waren es 18 Stück", sagte Selenskyj in seiner täglichen Videoansprache. Hinzu kämen Kampfdrohnen und Marschflugkörper. Die Elektriker seien seit Wochen im Einsatz, um das Stromnetz einigermaßen am Laufen zu halten, sagte Selenskyj. "Das Wetter stellt zusätzliche Herausforderungen - außerordentliche Herausforderungen", fügte er mit Blick auf die zweistelligen Minustemperaturen hinzu (dpa/AFX).

Chinas Außenhandel hat im vergangenen Jahr erneut einen Rekordüberschuss erreicht. Nach Daten des chinesischen Zolls stiegen die **Exporte** 2025 im Vergleich zum Vorjahr um 5,5 Prozent auf einen Gesamtwert von rund 3,8 Billionen US-Dollar (derzeit rund 3,26 Billionen Euro) an. Die **Importe** blieben unverändert bei rund 2,6 Billionen Dollar, womit der



Handelsüberschuss auf einen Rekordwert von knapp 1,2 Billionen Dollar stieg. 2024 hatte der Überschuss bereits fast eine Billion US-Dollar betragen. Die parallel für Dezember veröffentlichten Daten schlugen zudem die Prognosen der Analysten deutlich. Demnach stiegen die Exporte um 6,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat an. Die Einfuhren legten um 5,7 Prozent zu. Damit wuchs Chinas Außenhandel 2025 trotz globaler Konflikte und Streitigkeiten mit wichtigen Handelspartnern wie den USA deutlich. Mit Blick auf die Vereinigten Staaten brachen die Exporte allerdings auf Jahressicht um 20 Prozent ein. Die Importe standen bei einem Minus von 14,6 Prozent. Chinas Exporteure steuerten aufgrund des Zollkonflikts mit Washington andere Märkte an, etwa in Südostasien, Afrika oder Europa. Die Ausfuhren der Volksrepublik nach Deutschland legten 2025 um 10,5 Prozent auf rund 118,3 Milliarden Dollar zu. Die Importe aus der Bundesrepublik sanken dagegen um 2,1 Prozent auf 92,8 Milliarden Dollar (dpa/AFX).

Gesundheitswesen

Der Pharma- und Agrarkonzern **Bayer** will seine Pharmasparte spätestens 2027 wieder auf einen Wachstumskurs im mittleren einstelligen Prozentbereich bringen. Die operative Marge soll zudem von 2028 an steigen und bis 2030 einen Wert um die 30 Prozent erreichen, wie Pharmachef und Vorstandsmitglied Stefan Oelrich auf der JP Morgan Healthcare Konferenz in San Francisco ankündigte. Zuvor muss der Konzern jedoch die Umsatzeinbußen durch den abgelaufenen Patentschutz des Blutverdünners Xarelto verkraften. Oelrich hatte bereits im vergangenen September erklärt, dass 2026 das letzte Jahr mit Belastungen durch den Patentablauf sein werde. Getragen werden soll das künftige Wachstum von neueren Medikamenten wie dem Krebsmittel Nubeqa, dem Nierenmedikament Kerendia, dem Herzmittel Beyontra sowie Lynkuet gegen Beschwerden in den Wechseljahren. Große Hoffnungen liegen auch auf dem Gerinnungshemmer Asundexian, der nach einem schweren Rückschlag 2023 zuletzt in einer Schlaganfall-Studie erfolgreich war. Der medizinische Bedarf sei "unglaublich" hoch, sagte Oelrich. Für das abgelaufene Geschäftsjahr 2025 bekräftigte Bayer die Ziele für die Pharmasparte. Demnach soll der Umsatz währungs- und portfoliobereinigt um null bis drei Prozent zulegen, die bereinigte operative Umsatzrendite (Ebitda-Marge) soll zwischen 24 und 26 Prozent liegen. Mit Blick auf die jahrelange Skepsis von Investoren gegenüber der Pharmasparte zeigte sich Oelrich selbstbewusst. "Jahrelang hieß es immer nur: 'Ihr müsst erst mal liefern'", sagte er. "Ich denke, Bayer ist kein Fall mehr, bei dem man erst Ergebnisse sehen muss. Bayer ist ein Fall, der gezeigt hat, dass er eine sehr schwierige Situation tatsächlich überwinden kann." (Reuters).

Der Pharmakonzern **AstraZeneca** übernimmt das US-Unternehmen **Modella AI** und will damit die Suche nach neuen Medikamenten mithilfe von Künstlicher Intelligenz (KI) beschleunigen. "Die Entwicklung von Krebsmedikamenten wird immer komplexer, datenreicher und zeitkritischer", sagte Gabi Raia, Vertriebschefin von Modella AI, auf der JP Morgan Healthcare Conference in San Francisco. Der Zusammenschluss mit AstraZeneca ermögliche es nun, die eigenen Werkzeuge in globalen Studien und im klinischen Umfeld einzusetzen. Über finanzielle Details wurde Stillschweigen vereinbart (Reuters).

Öl & Gas

Venezuelas staatlicher Energiekonzern **PDVSA** fährt Insidern zufolge seine **Ölproduktion** wieder hoch. Damit reagiere das Unternehmen auf die Wiederaufnahme der Exporte unter US-Aufsicht, sagten drei mit den Vorgängen vertraute Personen der Nachrichtenagentur *Reuters*. Ein dritter Tanker habe die Küste Venezuelas verlassen. Zuvor hatte ein striktes US-Embargo die Ausfuhren des Opec-Mitglieds fast vollständig zum Erliegen gebracht und dazu geführt, dass Millionen von Barrel in Tanks an Land und auf Schiffen festsaßen.

Das **kasachische Energieministerium** bestätigt einen **Drohnenangriff** auf zwei **Tanker im Schwarzen Meer** in der Nähe des Terminals des Kaspischen Pipeline-Konsortiums (CPC). Die Schiffe hätten kasachisches Öl transportieren sollen. Laut Ministerium wurden die kasachischen Exporte nicht beschädigt, da zum Zeitpunkt des Vorfalls keine Verladung stattfand (Reuters).

Der österreichische Energiekonzern **OMV** hat den Zuschlag für eine **neue Lizenz zur Öl- und Gasförderung in Norwegen** erhalten. Das Unternehmen ist eine von 19 Firmen, denen der norwegische Energieminister Terje Aasland am Dienstag



Betreiberlizenzen zugeteilt hat. Insgesamt vergab die Regierung in Oslo 57 Lizenzen für die Exploration in bereits erschlossenen Gebieten, darunter in der Nordsee, der Norwegischen See und dem Barentsmeer. Die meisten Lizenzen erhielten der norwegische Branchenprimus **Equinor** mit 17 und **Aker BP** mit zwölf. Die jährlichen Vergaberunden sind ein zentraler Bestandteil der norwegischen Strategie, die Öl- und Gasförderung für die kommenden Jahrzehnte zu sichern und den erwarteten Produktionsrückgang zu verlangsamen (Reuters).

Versicherungen

Nach den jüngsten Drohnenangriffen auf zwei Öltanker im **Schwarzen Meer** haben sich die **Versicherungskosten** für **Schiffe** in der Region fast verdoppelt. Auch die Kosten für einen Hafenaufenthalt in den Terminals im Schwarzen Meer zogen an und kletterten auf ein Prozent des Schiffswertes, wie fünf Brancheninsider der Nachrichtenagentur *Reuters* sagten. Ende Dezember lagen sie noch bei 0,6 bis 0,8 Prozent. Das Schwarze Meer ist eine wichtige Route für den Transport von Getreide, Öl und Ölprodukten.



STEBING AG
WERTPAPIERHANDELSBANK



FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

privatemarkets.faros-consulting.de

Kontakt

Wolfgang Steubing AG
Wertpapierdienstleister
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
T +49 69 29716 0
F +49 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Morning News

Alexander Dietzer
T +49 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn
T +49 69 29716 131
michael.heidn@steubing.com

Wolfgang Schroth
T +49 69 29716 144
wolfgang.schroth@steubing.com

Haftungsausschuss

Die beigefügten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister, nachfolgend Steubing AG, erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© 2026 Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister. Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28
D-60439 Frankfurt

